WOHNUNGSBAU

Das ist der Berliner Filz, Filz, Filz

Nur unter Aufsicht im abgeschlossenen Raum nachzulesen: Rund um die Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte regierten fast zwei Jahrzehnte Misswirtschaft, Kumpanei und Selbstbedienung. Von Mathew D. Rose

VON Mathew D. Rose | 15. Oktober 2009 - 08:00 Uhr

Noch nie in seinen 15 Jahren im Berliner Abgeordnetenhaus hat Oliver Schruoffeneger (Bündnis 90/Die Grünen) eine solche Geheimhaltung erlebt – nicht einmal im Untersuchungsausschuss zur kollabierten Bankgesellschaft Berlin , als sensible Unterlagen den Abgeordneten zur Verfügung standen. "Wir dürfen dieses Dokument nur im abgeschlossenen Datenraum unter Aufsicht lesen. Man darf keine Notizen machen. Kein Stift, kein Blatt Papier, kein Diktiergerät – nichts", sagt Schruoffeneger.

So geheim hält der Senat einen 150-seitigen Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte über die Geschäfte der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM). Er wurde von der Senatsverwaltung für Finanzen in Auftrag gegeben und datiert vom 18. Februar 2008. Dokumentiert bis ins Detail werden darin eine jahrelange Misswirtschaft und ein gewaltiger Filz mit schweren Schäden für den Steuerzahler.

Die WBM mit ihrem Immobilienbestand im Herzen von Berlin galt einst als Flaggschiff der städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Aber durch Selbstbedienung der Führungsfiguren geriet sie an den Rand der Insolvenz. Für die Verantwortlichen hatte das so gut wie keine Konsequenzen.

Über zwei Jahrzehnte zieht sich die Affäre. Die Skandalchronik beginnt Anfang der neunziger Jahre mit der Umwandlung des VEB Kommunale Wohnungsverwaltung Berlin-Mitte in die WBM und der Ernennung der Geschäftsführer Falk Jesch und Karl-Heinz Schmidt. Jesch war CDU-Mitglied. Schmidt, ein langjähriger Mitarbeiter der berüchtigten Berliner Bauverwaltung, galt als SPD-nah. In der Berliner Politik wird die Beute fair verteilt.

Nach der Wiedervereinigung führte die Bundesregierung eine Sonderregelung ein, damit Immobilienkäufer in Ostdeutschland ihre Investitionen schnell abschreiben konnten. Eine Subvention war das, genannt Sonder-Afa. Durch sie wurde die landeseigene WBM zu einer ersten Adresse für abschreibungshungrige Investoren.

Die WBM hatte ihrerseits ökonomische Gründe dafür, Wohnungen verkaufen zu wollen. Das Altschuldenhilfegesetz erließ ostdeutschen Unternehmen die Hälfte ihrer aus DDR-Zeiten stammenden Verbindlichkeiten, wenn sie mindestens 15 Prozent ihres Bestandes an die Mieter veräußerten. Und so fasste das Berliner Abgeordnetenhaus 1994 den Beschluss,

dass beim Verkauf von städtischen Wohnungen die Mieter zum Zuge kommen sollten. Nur wenn sie nicht kaufen wollten, sollte an Investoren veräußert werden.

So weit die Logik. Doch die wurde durchkreuzt von der Gier Einzelner.

Obwohl die WBM einen stark aufgeblähten Personalstand hatte, beauftragte sie externe Firmen, die Mieter bei den Privatisierungsvorhaben zu beraten. Eine war die CT Projekt- und Bauträgergesellschaft mbH (CTP) aus Duisburg. Die berichtete aber bald, dass das Mieterinteresse am Kauf der Wohnungen zu gering sei, und empfahl eine Veräußerung an Investoren. So fiel 1995 bei der WBM die Entscheidung, 807 Wohnungen an Immobilien-Bau-Contor (IBC) aus Duisburg und über 400 Wohnungen an die Wohnungsprivatisierungsgesellschaft in Berlin mbH (WPGB) zu verkaufen.

Viele Abkürzungen und doch ein Skandal: Die Wohnungen, bei denen die CTP die Mieter beraten hatte, erwarb IBC. Kein Wunder, beide Unternehmen gehörten zur Firmengruppe ConsultTeam. Die Autoren des Deloitte-Berichts drücken es vorsichtig aus: "Es ist zweifelhaft, ob die Beratung der Mieter durch die CTP (gemeint ist die gesamte Gruppe, *Anm. d. Red.),* die nachweislich bereits im November 1994 Interesse am Kauf der Objekte als Zwischenerwerber angemeldet hat, tatsächlich darauf ausgerichtet war, möglichst viele Mieter zum Kauf ihrer Wohnung anzuregen."

Die vermeintliche Mieterberatung wurde jedenfalls abrupt beendet. Dabei zahlte Berlin kräftig drauf: Die WBM bot der CTP im Januar 1996 einen Aufhebungsvertrag in Höhe von 50 Prozent der Vertragssumme. Deloitte beanstandet den Vertrag, da es in der ursprünglichen Vereinbarung um 672 Wohnungen gegangen sei, beim Aufhebungsvertrag aber für über 2000 Wohneinheiten abgerechnet worden sei. Nach Feststellung der Prüfer hat die WBM die ConsultTeam-Gruppe beim Verkauf dann ein zweites Mal entschädigt: Die Wohnungen seien an IBC "zu einem niedrigen Quadratmeterpreis veräußert" worden.

Ein Indiz dafür: Für Plattenbauten in der Holzmarktstraße im Bezirk Mitte gab es ein Wertgutachten, das den Quadratmeterpreis in unsaniertem Zustand im Jahr 1994 auf rund 1250 Mark bezifferte. Zu diesem Preis wurden die Wohnungen den Mietern angeboten. IBC erhielt diese Häuser für einen Schnäppchenpreis von 850 Mark – trotz eines Schreibens des damaligen Bundesministers für Städtebau, Klaus Töpfer, in dem es hieß, dass die Wohnungen "nicht zu günstigeren Bedingungen an Investoren veräußert werden dürfen", als sie den Mietern angeboten wurden.

Ein Zufall bringt einen weiteren Einblick in die fragwürdige Preispolitik der WBM gegenüber IBC. Bei einem der Wohnkomplexe, die IBC erwarb, lag ein Restitutionsanspruch vor. In diesem Zusammenhang stellte die Berliner Senatsverwaltung für Wohnen 1999 mittels eines Gutachtens fest, dass die Immobilie, die im Jahr 1995 für umgerechnet 671.000 Euro an IBC verkauft wurde, in Wahrheit fast drei Millionen Euro

wert war. Berücksichtigt man die Sanierungskosten für IBC von rund 425.000 Euro, bekam die Firma die Immobilie zu etwa einem Drittel ihres Wertes.

Anrüchig ist auch dieses: Der Sohn von WBM-Geschäftsführer Karl-Heinz Schmidt, Andreas Schmidt , war bei der CTP beschäftigt. Bei einem Zivilprozess gab Schmidt junior 1999 eine eidesstattliche Erklärung ab, in der er behauptete, mit der Beratung der WBM-Mieter zum Kauf ihrer Wohnungen "nie befasst" gewesen zu sein. Doch dann fand sich ein Mieterberatungsprotokoll vom 15. Juli 1996, das unter den Teilnehmern auch "CTP – Herr A. Schmidt" nennt. Schmidt versicherte auch, er sei nur "in der Zeit von 1. Juli 1996 bis zum 30. September 1997 Angestellter der CTP gewesen". Aber ein anderer Mieterberater erklärte an Eides statt, dass Schmidt junior bei "Gesprächen hinsichtlich des Privatisierungsverfahrens und -standes" der WBM schon Mitte 1995 für die CTP dabei war.

Der Deloitte-Bericht listet weitere schwer erklärliche Großzügigkeiten der WBM gegenüber IBC auf, die unter anderem zu einem Schaden bei der WBM von rund 5,5 Millionen Euro führten, als IBC im Jahr 2002 Insolvenz anmeldete.

Eine dubiose Doppelrolle bei der WBM spielte Jürgen Vollhardt. Der mittlerweile verstorbene Rechtsanwalt saß im Aufsichtsrat und betätigte sich dort als leidenschaftlicher Verfechter eines Wohnungsverkaufs an Investoren. Er war privat Miteigentümer des Immobilien-Investors WPGB.

Während einer WBM-Aufsichtsratssitzung, in der es um den Verkauf von Wohnungen ging, verließ Vollhardt den Raum, angeblich wegen seiner Beteiligung an der WPGB. Eigentlich wäre das nicht notwendig gewesen, da seine Firma für den Zuschlag nicht "favorisiert" war. Doch kaum war Vollhardt weg, erhielt die WBM-Geschäftsführung die Nachricht, dass der ausgewählte Bieter sein Angebot zurückgezogen habe. Dann bekam die WPGB den Zuschlag. In einer internen Prüfung der WBM wurde später festgestellt, dass die WPGB bei dem Deal nur rund die Hälfte des Verkehrswertes bezahlte. Auch Vollhardts damalige Kanzlei, Kärgel Vollhardt & Partner, genoss übrigens Vorteile, weil Uwe Kärgel das Notariat für viele Verträge der WBM ausführte.

Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit und die Stadtentwicklungs-Senatorin Ingeborg Junge-Reyer kann der Deloitte-Bericht kaum überrascht haben. Schon im Dezember 2001 hatte Wowereit einen Brief von einem Exprokuristen der WBM-Gruppe erhalten, in dem noch weitaus mehr Unregelmäßigkeiten angesprochen werden, als die Prüfer auflisten. Bezüglich der Kaufpreise, die IBC und die WPGB bezahlten, schrieb er, es sei es ihm "seinerzeit möglich" gewesen, "nach lediglich telefonischem Angebot bei renommierten Firmen verbindliche schriftliche Kaufangebote zu erhalten, die über den Preisangeboten der IBC und WPGB lagen".

Verkauft wurde aber an die Firmen mit den drei und vier Buchstaben. Bei einem Objekt deckte der Kaufpreis gerade die im Jahr zuvor von der WBM veranlassten

Sanierungsarbeiten, die Immobilie im alten Zustand wurde der WPGB demnach praktisch geschenkt.

Die WBM besaß eine Vielzahl denkmalgeschützter Altbauten. Dafür gab es eine zusätzliche hundertprozentige Abschreibung auf Investitionen über zehn Jahre. In den Jahren 1997 und 1998, als die Sonder-Afa auslief, brachte die WBM etliche exklusive Immobilien auf den Markt. Sie wurden laut Insidern an einen kleinen Käuferkreis unter Marktwert verschoben.

Einer der privilegierten Käufer war Franz-Josef Glotzbach, eine ehemalige CDU-Blockflöte, der Staatssekretär in der letzten DDR-Regierung von Lothar de Maizière war und später mit einer Stelle in der Treuhand versorgt wurde. Dann machte er auf Immobilienspekulant. Seine Parteizugehörigkeit öffnete ihm Türen, er kam zu Aufsichtsratsposten in mehreren städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Bei der WBM hatte er kein Pöstchen, aber er machte große Deals mit ihr.

1995 fing Glotzbach bei der MM Immobiliengruppe an. Bald liefen die Geschäfte: Vierzehn WBM-Häuser bekam MM im Jahr 1996, weitere im Jahr danach. Ende 1997 verließ Glotzbach MM und erwarb 1998 auf eigenen Namen oder mit Gesellschaften, an denen er beteiligt war, mindestens 13 WBM-Immobilien. Während die WBM behauptete, nur an langfristige Investoren verkauft zu haben, die sich verpflichtet hätten, die Immobilien fünf Jahre lang nicht weiterzuveräußern, belegen die Grundbücher, dass Glotzbach die meisten Häuser oder Zweckgesellschaften binnen weniger Wochen oder Monate weiterverschacherte – oft mit einem hundertprozentigen Preisaufschlag.

1998 konnten Glotzbach und sein Geschäftskreis rund 20 Prozent aller von der WBM veräußerten Häuser erwerben. Einige andere Firmen kamen auch auffällig oft zum Zuge. Durch schnelle Weiterverkäufe auf einem heißen Markt konnten beträchtliche Gewinne erzielt werden – die ebenso gut der öffentlichen Hand hätten zufließen können.

Damals stellte die CDU den Regierenden Bürgermeister. Die fragwürdigen Praktiken setzten sich aber unter der rot-roten Regierung seit 2002 fort, wie aus dem Deloitte-Bericht hervorgeht. Von Immobilien im Bereich der Wilhelmstraße und der ehemaligen Ministergärten, nahe beim Regierungsviertel, wurden 2004 rund 700 Wohnungen und Gewerbeeinheiten verkauft. Die Deloitte-Prüfer konnten nicht feststellen, dass eine Ausschreibung vorgenommen wurde. 2003 und 2004 erwarb die Apellas Property GmbH, hinter der unter anderem der internationale Finanzspekulant George Soros steht, rund 4000 Wohnungen – für eine Summe rund 15 Prozent unterhalb des Verkehrswertes.

Das Geschäftsgebaren der WBM-Spitze sorgte in der Belegschaft für erheblichen Unmut. Schon Mitte März 1999 erhielt die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus einen anonymen Brief. "Wir haben es endgültig satt, den vielen Fällen persönlicher Bereicherung unserer Topmanager zuzusehen", schrieb eine "Interessengruppe der Mitarbeiter der WBM". Einer der Vorwürfe betraf eine Tochterfirma, die WBMI Wohnungsbau- &

Investitionsgesellschaft Berlin-Mitte mbH, genauer die dort im Sommer 1994 eingestellte Assistentin der Geschäftsleitung. Die Stelle wurde nicht ausgeschrieben. Die Neue verband bald eine innige Freundschaft mit ihrem Chef: Sie ließ sich von ihrem Mann scheiden und heiratete WBM-Geschäftsführer Schmidt. Im Juni 1995 und 1996 profitierte sie von Lohnerhöhungen. Dazu kamen jährlich großzügige Leistungszahlungen, die nach der Eheschließung mit Schmidt noch weiter anstiegen.

Was für Schmidt galt, war seinem Geschäftsführerkollegen Falk Jesch recht. Er heiratete seine Sekretärin im Dezember 1996. Fünf Jahre lang hatte die Frau in diesem Job gearbeitet. Kurz vor der Hochzeit hatte Jesch bei seiner Verlobten, die über einen Abschluss der Ingenieurschule Magdeburg verfügte, offenbar Managertalente entdeckt. Sie wurde zur Leiterin einer neuen Abteilung ernannt und schaffte es, in 20 Monaten drei Lohngruppen aufzusteigen. Nach Aussage von WBM-Mitarbeitern war sie überfordert. Jesch bestreitet das heute: "Ganz im Gegenteil arbeitete die Gruppe mit Gewinn und sehr effektiv unter der Leitung meiner Frau." Nach ihrem Abgang wurde die Abteilung aufgelöst.

Bemerkenswert ist die Rolle eines Trauzeugen der Jesch-Ehe, des Ingenieurs Wolfgang Kühnel. Jesch war 1986 als Geschäftsführer der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft vom Aufsichtsrat fristlos gekündigt worden, nachdem es Ärger mit einem Geschäftsführerkollegen gegeben hatte. Dabei ging es auch um Aufträge an Kühnel. Nach einem Rechtsstreit wurde die Kündigung aufgehoben. Beide Geschäftsführer verließen das Unternehmen mit Abfindungen "zur möglichen Vermeidung gerichtlicher Auseinandersetzung" wie es im Aufsichtsratsprotokoll heißt.

Von Jeschs Position bei der WBM profitierte Kühnel nun offenbar in Berlin. Allein in den Jahren 1998 bis 2004, die Deloitte prüfte, erhielten drei Gesellschaften, die Kühnel zuzuordnen sind, rund 45 Prozent (8,5 Millionen Euro) aller Auftragsvergaben der WBM an Architekten und Ingenieure.

Weitere 25 Prozent dieser Aufträge (rund fünf Millionen Euro) erhielt das Ingenieurbüro An der Lan. Seit 1994 hatte der Österreicher Wolfgang An der Lan sein Büro in den Räumen einer Anwaltskanzlei am Kurfürstendamm – bei Kärgel Vollhardt & Partner, der Kanzlei des WBM-Aufsichtsrats Jürgen Vollhardt.

An der Lan arbeitete für die Statikfirma, die seiner Ehefrau, einer Sekretärin, gehörte. In seiner Heimat Österreich wurde er wegen schweren Betrugs und des Vergehens der Abgabehinterziehung angeklagt. Er war wegen eines angeblichen Rückenleidens nicht verhandlungsfähig, das Verfahren wurde "abgebrochen", wie es in Österreich heißt. Wohl aber war er in der Lage, zwischen Berlin und Innsbruck zu pendeln.

In ihrem Untersuchungsbericht monieren die Deloitte-Prüfer: "Bei der Vergabe von Architekten- und Planungsleistungen hat die WBM generell keine Vergleichsangebote eingeholt." Jesch und Schmidt konnten schalten und walten, wie sie wollten, dank einer

Symbiose von zwei Kulturen: Filz und autoritärer Führungsstil aus dem Westen, gepaart mit der Untertänigkeit der an Totalitarismus gewöhnten Ostbelegschaft. Die Mitarbeiter und der Betriebsrat genossen beste Bedingungen. In einer Studie zur WBM aus dem Jahr 2005 beschrieb PricewaterhouseCoopers (PWC) eine Personalvereinbarung als "ausschließlich auf Zufriedenheit der Mitarbeiter ausgerichtet (Zielsetzung war: Möglichst kein Individualwiderspruch!)". Die Wirtschaftsprüfer ermittelten ferner, dass der Betrieb auf 60 Prozent der Mitarbeiter hätte verzichten können.

In der *taz* erschien 1999 ein ganzseitiger Artikel über die Missstände bei der WBM. Die WBM-Geschäftsführung ging dagegen juristisch massiv vor – mit Mitteln des Unternehmens. Letztlich zahlte die öffentliche Hand rund 40.000 Euro dafür, Berichte über Verschwendung von öffentlichem Vermögen zu unterdrücken. Im Juli 1999 erstattete die Grünen-Abgeordnete Ida Schillen Strafanzeige. Es war nicht die erste, die die Berliner Anklagebehörde in Sachen WBM erhielt. "Die Berliner Staatsanwaltschaft, sei es aus Faulheit, Gesinnung oder auf politische Anweisung, hat, wie im Fall Schillen, immer Verfahren, wo es um die Politik ging, eingestellt", meint der Abgeordnete Schruoffeneger. Zwei Jahre später stellte der WBMI-Prokurist Strafanzeige gegen Jesch und Schmidt. Auch diese Verfahren wurden eingestellt.

Merkwürdig sind die Vorgänge um die Hausbewirtschaftungsfirma TSB. Sie war eine WBM-Ausgründung mit rund 200 Mitarbeitern aus dem Bereich der Hausmeisterei und -reinigung. Die Firma lebte gut von den Aufträgen, die die WBM ihr gab. Zwischen 1998 und 2000 wurden 75 Prozent dieser Cash-Cow an die Gegenbauer GmbH & Co. KG veräußert, die ebenfalls im Dienstleistungsbereich tätig ist.

Werner Gegenbauer war Aufsichtsratsmitglied der WBM gewesen und davor auch der WBMI. Er gilt als einer der mächtigsten Männer Berlins: Mitinhaber einer großen Dienstleistungsfirma der Hauptstadt, Ehrenpräsident der Industrie- und Handelskammer (von 1997 bis 2004 Präsident). Er ist Präsident von Hertha BSC. In die Politik hat er auch Drähte: Der CDU-Abgeordnete Mario Czaja, der für den Vorsitz der Berliner Partei in Stellung gebracht wird, ist Angestellter seiner Unternehmensgruppe.

Vom Jahr 2000 an wurde das Geschäft mit TSB für Gegenbauer besonders lohnend. Die profitablen Verträge mit der WBM wurden von TSB abgespalten und landeten in der Gegenbauer Gebäudeservice GmbH. Die Deloitte-Prüfer beschrieben das Ergebnis so: "Nach dem Jahr 2000, in dessen zweiter Hälfte die Spaltung der TSB vollzogen wurde, ist die Auftragsvergabe an die Gegenbauer Gebäudeservice GmbH deutlich angestiegen und die an TSB zurückgegangen."

Man kann es auch so sagen: Der Gewinn wurde privatisiert, der Verlust blieb bei der WBM. 2006 meldete TSB Insolvenz an.

Die WBM war behilflich, als die Berliner Politik in den neunziger Jahren ihre Haushaltsprobleme kaschierte. Als der Senat und die damalige SPD-Finanzsenatorin

Annette Fugmann-Heesing städtische Wohnungsbaugesellschaften dazu bewegten, einander zu erwerben, kaufte die WBM gleich zwei. Über die Jahre kam die WBM mit insgesamt 350 Millionen Euro für derartige Geschäfte auf. Der Senat reklamierte beträchtliche Einkünfte. Für die WBM bedeutete es die Aufnahme hoher Bankschulden.

Der Selbstbedienungsladen WBM hatte allerdings ein Problem: Er machte massive Verluste. Die Gesellschaft verkaufte zunehmend Immobilien, um das Defizit zu decken. Das reichte aber nicht, um die Schulden und Zinszahlungen in den Griff zu bekommen. Die WBM brauchte dringend Geld. Viel Geld.

Jesch, Schmidt, der WBM-Aufsichtsrat und der rot-rote Senat nutzten Finanztricks, um eine Pleite zu verhindern. Die WBM veräußerte im Rahmen von sogenannten Sale-and-Lease-back-Geschäften Immobilien weit über dem Buchwert an Fonds, an denen sie beteiligt war. Das heißt: Sie verkaufte Häuser, die sie zurückmietete. So sah die Bilanz besser aus, und sie sicherte sich rund 370 Millionen Euro frisches Geld von Banken. Der Niedergang wurde aber nur verschoben. Die WBM hatte bei den Fonds hohe Mietgarantien abgegeben.

Das alles hielt die Geschäftsführung nicht von weiteren fragwürdigen Geschäften ab. Ende 2004 musste die WBM rund zwei Millionen Euro abschreiben, nachdem Jesch ein windiges Geschäft mit der Russischen Föderation zum Kauf und Ausbau des Russischen Hauses in der Friedrichstraße eingefädelt hatte. Dabei ging es nach der alten Masche: Planungsaufträge an die Büros von An der Lan (rund 544.000 Euro) und Kühnel (rund 488.000 Euro) sowie eine fragwürdige Provisionszahlung an einen russischen Geschäftspartner.

Am 23. August 2004 gab es intern einen Bericht, der Jesch schwerwiegende Fehlleistungen im Zusammenhang mit diesem Geschäft vorwarf. Am selben Tag schloss der damalige Aufsichtsratsvorsitzende, der Banker Knut Fischer, eigenhändig einen Aufhebungsvertrag mit Jesch. Im Vertrag verzichtete man auf Schadensersatzansprüche gegen Jesch für dieses und alle anderen Geschäfte. Jesch sagt heute gleichwohl, der damalige Projektstopp sei eine Fehlentscheidung des Aufsichtsrats gewesen – "ohne Angabe von Gründen".

Die WBM klagt nun gegen Jesch wegen "pflichtwidriger Geschäftsführung". Es geht um rund drei Millionen Euro. Jesch wird dem Gericht wohl seinen Aufhebungsvertrag vorlegen – womit die Sache dann vermutlich erledigt sein wird. Damit hat die neue Geschäftsführung ihre Pflicht getan.

Obwohl die WBM im Jahr 2004 rund 20 Prozent ihres Wohnungsbestandes verkaufte, fuhr das Unternehmen einen Verlust von 56 Millionen Euro ein. So konnte es nicht weitergehen. Am 25. August 2005 trafen sich der damalige Finanzsenator Thilo Sarrazin und die Senatorin für Stadtentwicklung Junge-Reyer mit den neuen Geschäftsführern und dem neuen Aufsichtratsvorsitzenden Ulrich Pfeiffer zu einer Krisensitzung. Die neue Spitze

hatte für die Senatoren eine eindeutige Botschaft: "Die Zahlungsunfähigkeit des Konzerns wird sich nach aktueller Planung im März 2006 einstellen."

Rigorose Rettungsmaßnahmen wurden ergriffen: Weitere 6500 Wohnungen wurden verkauft, und die Hälfte der Belegschaft wurde abgebaut. Jesch behauptet heute, dass "die Gesellschaft mitnichten vor der Insolvenz stand", und beruft sich dabei auf den damaligen Wirtschaftsprüfer. Doch solche Expertisen haben einigen Spielraum. Nicht nur in Berlin gibt es den Satz: Man bezahlt Gutachter, damit sie ein Gutachten und nicht ein Schlechtachten schreiben.

Mitte 2007 gab Ulrich Pfeiffer, der im Hauptberuf Chef eines Forschungsinstituts ist, seinen Posten als Aufsichtsratschef auf. Wegen zunehmender Einmischung der Politik, wie Schruoffeneger glaubt. Pfeiffer selbst sagt: "Wir waren über den Berg, die WBM brauchte mich nicht mehr." Dass die politischen Einflüsse auf das Unternehmen groß waren, bestreitet der frühere Ministerialdirektor nicht.

Schruoffeneger fürchtet heute: "Der Politgeier kreist wieder um die WBM." Pfeiffers Nachfolger ist Jürgen Heyer, ein SPD-Mann. Als ehemaliger Minister für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr in Sachsen-Anhalt hat er eine bewegte Vergangenheit. Ende Februar 2002 unterzeichnete der Minister einen milliardenschweren langfristigen Vertrag mit der Bahn für den Regionalverkehr, um den es großen politischen Ärger gab. Der Vertrag konnte später wieder rückgängig gemacht werden. Heyer, in der Zwischenzeit einfacher Abgeordneter des Landtags von Sachsen-Anhalt, wurde kurz danach zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Scandlines AG gewählt, einer Reederei, an der die Deutsche Bahn zu 50 Prozent beteiligt war.

Mit Heyer kam Dorette König in den Aufsichtsrat. Sie hat sich als anpassungsfähig erwiesen. Früher Mitglied der SED, dann CDU-Kandidatin auf kommunaler Ebene, später von Matthias Platzeck als "SPD-nah" bezeichnet und zur Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung in Brandenburg ernannt, hat Dorette König das Primat der Politik offenbar gut begriffen. Im Hauptberuf ist sie Geschäftsführerin der Savills Immobilien Beratungs-GmbH. Man könnte darin mögliche Interessenkonflikte sehen.

Aber nicht in Berlin.

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 15.10.2009 Nr. 43
ADRESSE: http://www.zeit.de/2009/43/WBM